

# NACHTRAG ANTRÄGE

**Fortschritt, der alle mitnimmt.**

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN  
22. MAI 2022 | HILDESHEIM

# Nachtrag zum Antragsbuch

1		
2		
3	<b>Initiativanträge</b> .....	2
4	IN1 Landesvorstand – Solidarität mit der Ukraine – Nein zum Krieg.....	2
5	IN2 Bezirk Hannover – Das Land in guten Händen: .....	4
6	SPD als Garant für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz.....	4
7	<b>Änderungsanträge zum Leitantrag</b> .....	6
8	Ä55 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	6
9	Ä56 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	6
10	Ä57 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	7
11	Ä58 KV Friesland – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	8
12	Ä59 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	9
13	Ä60 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag .....	9
14	Ä61 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	10
15	Ä62 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	10
16	Ä63 OV Kirchlinteln – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	11
17	Ä64 OV Kirchlinteln – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	11
18	Ä65 Jusos Niedersachsen – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	12
19	Ä66 OV Garbsen – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	12
20	Ä67 OV Hannover-Nordstadt – Änderungsantrag zum Leitantrag .....	13
21	Ä68 OV Hannover Südstadt-Bult – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	13
22	Ä69 OV Oldenburg-Eversten – Änderungsantrag zum Leitantrag.....	14
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		

# 1 **Initiativanträge**

## 2 **IN1 Landesvorstand – Solidarität mit der Ukraine – Nein zum Krieg**

3  
4 Die SPD Niedersachsen stellt sich klar gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die  
5 Ukraine und verurteilt diesen auf das Schärfste. Wir Niedersachsen stehen fest an der Seite der Uk-  
6 raine und solidarisieren uns mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Wir sind zutiefst er-  
7 schüttert über den eklatanten Bruch des Völkerrechts, den Putin mit seinem Angriffskrieg began-  
8 gen hat und fortwährend begeht.

9 Dieser Krieg verursacht enormes Leid. Immer wieder müssen wir die Bilder aus verschiedenen Orten  
10 der Ukraine sehen, in denen Gräueltaten durch die russische Armee begangen wurden. Die Namen  
11 Butscha, Charkiw aber auch Mariupol haben sich in unser Gedächtnis gebrannt. Die Bilder, die uns  
12 von dort erreichen, sind schockierend und für uns ist klar: Die gezielte Bombardierung von Wohn-  
13 gebieten, Schulen und Krankenhäusern sowie die Angriffe auf ZivilistInnen und deren Ermordung  
14 sind Kriegsverbrechen. Diese müssen ermittelt, lückenlos aufgearbeitet und geahndet werden. Pu-  
15 tin und sein Regime müssen für diesen durch nichts zu rechtfertigen Krieg zur Verantwortung ge-  
16 zogen werden.

17 Wir fordern Russland auf, einen sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfsleistun-  
18 gen zu den Opfern seines Angriffs in der Ukraine zu gewährleisten. Außerdem müssen ZivilistInnen,  
19 die die derzeit umkämpften Gebiete verlassen wollen, Fluchtwege eröffnet werden. Gleichzeitig ru-  
20 fen wir Russland und seine Regierung auf den Krieg unverzüglich einzustellen und die russischen  
21 Truppen vom Staatsgebiet der Ukraine abzuziehen. Mit aller Deutlichkeit machen wir klar: Wir ste-  
22 hen fest und entschlossen an der Seite der tapferen und mutigen UkrainerInnen, die auf beeindru-  
23 ckende Weise und unter Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen den Angriff auf ihr Heimatland  
24 leisten.

25 Uns allen ist klar: Der russische Angriffskrieg richtet sich nicht allein gegen die Ukraine. Er ruft  
26 Existenzängste bei anderen nord- und osteuropäischen Staaten, unseren Verbündeten, hervor und  
27 zerstört eine jahrzehntelang gewachsene und entwickelte europäische Friedensordnung. Russland  
28 greift mit diesem Krieg nicht nur die Ukraine an, sondern zielt auch auf unsere Grundwerte, unsere  
29 Freiheit, unsere Demokratie und unsere Rechtsstaatlichkeit ab. Vor diesem Hintergrund begrüßen  
30 wir das entschlossene, besonnene und überlegte Vorgehen von Bundeskanzler Olaf Scholz und sei-  
31 ner Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine.

32 Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, aggressivem Nationa-  
33 lismus und zerstörerischen Großmachtfantasien entgegen zu treten und sich für ein friedliches  
34 Miteinander einzusetzen. Kriegerische Handlungen haben keinen Platz im Europa des 21. Jahrhun-  
35 derts. Gleichzeitig erkennen wir das völkerrechtlich verbrieft Selbstverteidigungsrecht der Ukraine  
36 uneingeschränkt an und unterstützen die demokratisch legitimierte Regierung der Ukraine in der  
37 Ausübung dieses Rechts. Unsere Unterstützung muss darauf angelegt sein, schnell wirken zu kön-  
38 nen und zugleich unsere Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung nicht einzuschränken.  
39 Auch aus diesem Grund muss unser Handeln eng mit unseren europäischen und transatlantischen  
40 Partnern abgestimmt sein.

41 Deutschland hat Waffen aus den Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zur Selbstverteidigung  
42 abgegeben, gibt weitere Lieferungen von deutschen Rüstungsgüter an die Ukraine frei und billigt  
43 zudem Lieferungen aus Drittstaaten. Dies passiert stets im Einklang mit der Charta der Vereinten  
44 Nationen. Wir unterstützen dabei den Grundsatz „Liefern, was möglich ist“. Die Fähigkeiten zur Lan-  
45 des- und Bündnisverteidigung dürfen dadurch jedoch nicht beschnitten werden, denn auch damit  
46 erfüllen wir unsere internationalen Verpflichtungen und unser Versprechen gegenüber den Bürge-  
47 rInnen die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir  
48 die umfassenden Finanzhilfen, die es der Ukraine ermöglichen, direkte Waffenkäufe zu tätigen.  
49 Darüber hinaus befürworten wir die finanzielle Unterstützung für die Beschaffung von Ausrüs-

1 tungsgegenständen für die ukrainischen Truppen und von Hilfsgütern durch die EU aus der Euro-  
2 päischen Friedensfazilität. Die SPD Niedersachsen begrüßt zudem die Geschlossenheit und die An-  
3 strengungen der Länder der Europäischen Union für eine gemeinsame Reaktion auf den völker-  
4 rechtswidrigen Angriffskrieg und die daraus resultierenden Sanktionen gegen das russische Re-  
5 gime. Hier zeigt sich, dass die EU stark ist und gemeinsam an der Seite ihrer befreundeten Partner-  
6 länder steht.

7 Unser Ziel bleibt die nachhaltige Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung einer europäi-  
8 schen Friedens- und Sicherheitsordnung, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke  
9 des Rechts regiert. Dieser Leitsatz muss für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit haben und die  
10 Unverletzbarkeit der Staatsgrenzen garantieren. Daraus resultiert für uns, dass wir uns Gesprächen  
11 mit Russland, insbesondere auch mit der Zivilbevölkerung nicht verweigern dürfen. Auch in dieser  
12 Lage muss die Diplomatie dazu dienen, Gesprächskanäle offen zu halten und den Weg des Friedens  
13 zu ebnen. Unsere Partner und Freunde in Europa und weltweit stehen dabei an unserer Seite und  
14 gemeinsam setzen wir uns für ein Ende des Krieges ein. Klar ist aber auch: Etwaige Verhandlungen  
15 über einen Waffenstillstand und damit das Kriegsende führt die Ukraine, denn bei ihr liegt die Ent-  
16 scheidung über die Bedingungen eines Friedens. Das Ziel Russlands eines einseitigen Diktatfrie-  
17 dens lehnen wir ab.

18 Neben der Unterstützung durch Finanzhilfen, Waffenlieferungen und humanitärer Hilfe zeigt sich  
19 die Solidarität Deutschlands mit der Ukraine auch an anderer Stelle. Viele Ukrainerinnen und Ukrai-  
20 ner verlassen ihre Heimat und suchen hier bei uns in Deutschland, auch hier in Niedersachsen, Zu-  
21 flucht. Für diese Menschen müssen wir humanitäre, medizinische und finanzielle Unterstützung  
22 leisten. Wir sind froh, dass in den letzten Wochen bereits die große Hilfsbereitschaft der Menschen  
23 in unserem Land deutlich geworden ist, so muss es auch weitergehen. Wir werden die Menschen  
24 hier bei uns willkommen heißen und sie unterstützen.

25 Gleichzeitig wissen wir, dass sich der Krieg in der Ukraine auch auf die Beziehungen zwischen Men-  
26 schen in unserem Land auswirkt. Wir verurteilen die pauschalen Ausgrenzungen russischstämmi-  
27 ger MitbürgerInnen und rufen alle Menschen in unserem Land dazu auf, zu verhindern, dass der  
28 russische Angriffskrieg unsere Gesellschaft spaltet.

29 Der rücksichtslose Angriffskrieg des russischen Regimes hat leider auch deutlich gemacht: Unser  
30 Land ist zu stark abhängig von russischen Erdgaslieferungen. Der rasche Ausbau der erneuerbaren  
31 Energie ist unabdingbar, um diese Abhängigkeit nachhaltig zu durchbrechen. Wir begrüßen daher,  
32 dass die Bundesregierung bereits erste Schritte unternommen hat, um eine schnelle und wirksame  
33 Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Gas zu erreichen. Der im Schulterschluss zwischen  
34 Land und Bund vorangetriebene Bau der LNG Terminals in Wilhelmshaven und Stade ist dabei ein  
35 wichtiger Schritt, um auch zeitnah die Energieversorgung unseres Landes unabhängiger zu gestal-  
36 ten. Die Landesregierung geht dabei mit großen Schritten voran und hat durch die beschleunigten  
37 Verfahren einen enormen Beitrag geleistet, damit der Bau der LNG-Terminals in Wilhelmshaven und  
38 Stade schnell umgesetzt werden kann. Dabei ist es für uns als SozialdemokratInnen wichtig, dass  
39 nicht nur die Energieversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft gesichert wird, sondern auch die  
40 Energiepreise für jede und jeden bezahlbar bleiben.

41 Aus tiefster Überzeugung, auch als Friedenspartei, fordern wir:

42 Der Angriffskrieg muss sofort beendet werden. Wir verurteilen den Krieg aufs Schärfste und fordern  
43 den russischen Präsidenten auf, seine Truppen unverzüglich aus der Ukraine abzuziehen. Wir ste-  
44 hen solidarischen an der Seite der UkrainerInnen und stehen ein für den Frieden in Europa.

45

46 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

47

48

---

1

## 2 **IN2 Bezirk Hannover – Das Land in guten Händen:**

### 3 **SPD als Garant für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Kli-** 4 **maschutz**

5

6 Die stark ansteigenden Kosten für Lebensmittel und Energieversorgung treiben Großteile der Bevöl-  
7 kerung um, denn hier geht es um nichts Geringeres als die grundlegende Versorgungssicherheit  
8 und Bezahlbarkeit. Täglich fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, ob sie langfristig Strom, Hei-  
9 zung und Lebensmittel noch bezahlen werden können. Umfragen ergeben, dass Inflation die größte  
10 Sorge der Menschen in Deutschland ist. Das ist eine Situation, die kaum jemand noch vor einigen  
11 Monaten in diesem Ausmaße erwartet hätte. Umso wichtiger ist es, dass die SPD Hand in Hand – im  
12 Land und Bund – hierauf Antworten bietet. Nur der SPD wird es gelingen, auch in diesen herausfor-  
13 dernden Zeiten die soziale Garantie für die Menschen zu sein, für Daseinsvorsorge im engsten  
14 Sinne – gerade auch bei Fragen über Energie und Ernährung – zu sorgen und zugleich Fortschritt zu  
15 schaffen, der alle mitnimmt. Die Sorgen der Bevölkerung nehmen wir ernst und machen uns stark,  
16 sodass die Grundbedürfnisse für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleiben, auch wenn der Staat  
17 nicht alle Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine abfedern werden kann.

18 Als SPD stehen wir dafür, dass ökologische Vernunft, technisch-ökonomische Innovationen und so-  
19 ziale Gerechtigkeit zusammengedacht werden. Deshalb heißt es für uns:

20 Zukunft und Zusammenhalt! Wir sorgen für den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt  
21 im Wandel. Ohne soziale Nachhaltigkeit keine ökologische Nachhaltigkeit!

22 Deshalb hat die SPD-geführte Bundesregierung im Rahmen von zwei umfangreichen Entlastungs-  
23 pakten bereits gezielte Maßnahmen auf den Weg gebracht. Mit über 30 Milliarden Euro werden die  
24 Bürgerinnen und Bürger bereits entlastet. Dazu gehören u. a. die Absenkung der EEG-Umlage auf  
25 null, die Erhöhung der Fernpendlerpauschale, der Heizkostenzuschuss, die Energiepreispauschale,  
26 der Familienzuschuss, die Einmalzahlung für Bedürftige, die Absenkung der Energiesteuern für drei  
27 Monate und das 9 Euro-Ticket für 3 Monate. Auch mit der Erhöhung des Mindestlohns sorgt die  
28 SPD dafür, den Wohlstand von unteren und mittleren Einkommensschichten zu sichern und zu  
29 stabilisieren.

30 Um die aktuellen Herausforderungen zu meistern, die zu erwartenden Preissprünge aufgrund des  
31 Handelskriegs an den Energiemärkten zu stemmen, werden jedoch weitere Maßnahmen, Entlas-  
32 tungen und auch systemische Änderungen notwendig sein und es wird verstärkt daraufgesetzt  
33 werden müssen, Menschen zu befähigen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. Wir wer-  
34 den daher einen Dreiklang brauchen:

- 35 1) Zum einen müssen wir durch den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien von fossilen  
36 Importen unabhängig werden.
- 37 2) Zum anderen müssen wir auf Effizienz und Einsparung von Ressourcen und Energie setzen.  
38 Dies darf nicht über hohe Preise getrieben sein.
- 39 3) Daneben müssen wir dafür sorgen, dass es keine Gewinner dieser Energiekrise gibt, die rie-  
40 sige Gewinne abschöpfen, während Verbraucherinnen und Verbraucher unter den hohen Prei-  
41 sen leiden. Orientiert am norwegischen und finnischen Modell braucht es auch in Deutsch-  
42 land viel größere Transparenz bei z. B. den Gewinnen von Mineralölkonzernen. Auch auf EU-  
43 Ebene werden staatliche Preisdeckel gegen die hohen Energiepreise diskutiert.

44 Das alles können Bund und Land nur gemeinsam erreichen. Deshalb möchten wir mit einem 10-  
45 Punkte-Plan mehr erreichen, damit Niedersachsen weiterhin ein starkes Bundesland bleibt, denn  
46 Niedersachsen ist mit der SPD als Regierungsführerin in guten Händen!

- 1 1. Zentrales Ziel muss die Unabhängigkeit von fossiler Energie sein. Der Schlüssel hierzu ist der  
2 maximale Ausbau der Erneuerbaren Energien. Daher müssen alle Hindernisse für den be-  
3 beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent und auf allen Ebenen aus dem  
4 Weg geräumt werden. Die Regelungen des LNG-Beschleunigungsgesetzes können Maßstab  
5 sein für weitere Beschleunigungsgesetze für die Energiewende, die Erneuerbaren Energien  
6 und den Ausbau der Netze. Wir werden dafür den Windenergieerlass des Landes konse-  
7 quent umsetzen, damit wir schnell genügend Flächen für Windenergie zur Verfügung stellen.  
8 Unsere Behörden wollen wir besser ausstatten und behördliche Verfahren so standardisieren,  
9 dass wir einen echten Beschleunigungseffekt erzielen. Wir fordern die zügige Umsetzung des  
10 im Koalitionsvertrag avisierten „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbe-  
11 schleunigung“ in Kooperation mit den Ländern. Niedersachsen soll Windenergieland Num-  
12 mer eins bleiben. Hierbei werden wir für die Akzeptanzsteigerung nicht nur die finanzielle Be-  
13 teiligung von Kommunen, sondern auch Energiegenossenschaften und Bürgerwindparks un-  
14 terstützen.
- 15 2. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz bedarf es  
16 zusätzlicher Fachkräfte. Wir werden auf Landesebene daher, zusammen mit den Kammern  
17 und Landkreisen, eine Ausbildungs-offensive für das Handwerk starten.
- 18 3. Um von guten Beispielen lernen zu können, werden wir weiterhin Leuchtturmprojekte wie  
19 zum Beispiel die Wasserstoffregion Schaumburg oder das Reallabor für das Dorf der Zukunft  
20 im Flecken Steyerberg einrichten und unterstützen. Wir werden Effizienzmaßnahmen in der  
21 Industrie fördern.
- 22 4. Wir fordern den Aufbau eines intelligenten Netzes („smart grid“), in dem dezentrale Speicher  
23 und Erzeuger so miteinander vernetzt sind, dass Abnahme, Zwischenspeichern und Einspei-  
24 sung von Erneuerbaren Energien gezielt in Abhängigkeit der Verfügbarkeit gesteuert werden  
25 kann, damit die stabile Verfügbarkeit Erneuerbarer Energie gewährleistet werden kann.
- 26 5. Eine warme Wohnung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Auch bei Zahlungsunfähigkeit  
27 müssen Haushalte mit Energie versorgt werden. Daher fordern wir ein Verbot von Stromsper-  
28 ren, wenn finanzschwache Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr zahlen können.
- 29 6. Es soll rechtlich klargestellt werden, dass Kündigungen wegen nicht gezahlter Nebenkosten  
30 in dieser besonderen Phase des durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Energiepreisanstiegs  
31 nicht möglich sein sollen.
- 32 7. Damit sich finanzschwächere Haushalte energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten können,  
33 wollen wir ein (landeseigenes) Förderprogramm für Energieeinsparmaßnahmen in privaten  
34 Haushalten wie zum Beispiel Stromkosten-Checks sowie „Reparieren statt wegwerfen“ auf-  
35 setzen. Wir unterstützen ein Recht auf Reparatur und verschiedene Maßnahmen im Rahmen  
36 der Circular Economy, damit wir unsere Ressourcen schützen können.
- 37 8. Wir fordern die Bundesregierung auf, in Deutschland staatlich festgelegte Maximalpreise für  
38 Kraftstoffe für den Zeitraum einzuführen, in dem Marktstörungen und erhebliche Preis-  
39 schwankungen durch den russischen Überfall auf die Ukraine herrschen. Als Beispiel für ein  
40 solches Modell kann Luxemburg dienen. Um Preissprünge bei Benzin und Diesel zu verhin-  
41 dern, legt die Regierung in Luxemburg Maximalpreise fest. Die entsprechende Vereinbarung  
42 mit der Mineralölindustrie ist im „Contrat de programme“ fixiert.
- 43 9. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Extrem-Gewinne im Energiesektor abzuschöpfen,  
44 um zu verhindern, dass sich eine kleine Gruppe an der Kriegssituation bereichert.
- 45 10. Wir fordern eine Bundes-Strategie zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Nach einer Phase der  
46 Privatisierung muss zwingend geprüft werden, welche Bereiche der Daseinsvorsorge wie  
47 Wärme, Strom, Wohnen und Mobilität in welcher Form staatlich getragen oder staatlich reg-  
48 lementiert werden müssen.

49  
50 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

## **Änderungsanträge zum Leitantrag**

### **Ä55 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag**

#### **Änderung:**

Kapitel 3.3, Seite 15, Zeile 1ff

Aus:

„Für uns steht fest: Mobilität sowie der Bezug von Strom und Wärme müssen auch für die Bevölkerungskreise mit kleinem Einkommen weiterhin erschwinglich bleiben.“

zu

„Für uns steht fest: Mobilität sowie der Bezug von Strom und Wärme müssen auch für die Bevölkerungskreise mit kleinem Einkommen weiterhin erschwinglich bleiben. Balkon PV ist eine Möglichkeit, teilweise Energieautarkie für die vielen Mieter zu ermöglichen. Das Vetorecht der Vermieter und Eigentümergemeinschaften ist abzuschaffen.

#### **Begründung:**

Stromkosten und Gaskosten stellen eine Belastung für Mieterinnen und Mieter dar. Die Reduktion von Energiekosten ist eine sozialpolitische Aufgabe. Die SPD ist auch die Partei der Menschen mit kleineren Einkommen. Dieses Feld ist sozialdemokratisches Stammland. Es besteht die Möglichkeit der Entlastung, Angstlinderung bei einer großen Zahl von Menschen, wenn sie selbst erleben, dass die Energiewende für sie von Vorteil sein kann. Die Zuweisung investiver Mittel ist konsumtiver Mittel vorzuziehen, da letztere nachhaltig wirken zukunftsorientiert sind. mit einer 300 kWp Anlage können pro Jahr 100 (für Familien viel Geld) Stromkosten eingespart werden. Eine solche Anlage amortisiert sich durch die Stromersparnis in vier bis fünf Jahren. Dann fangen die Familien an Geld zu verdienen. Eine Anlage hält gesichert 15 Jahre. Eine Anschubfinanzierung statt des einmaligen Heizkostenzuschusses (270 €) für Einfamilienhaushalt bei Wohngeldbezug, stellt eine langfristige Entlastung und eine renditeträchtige Zukunftsinvestition für Bürgerinnen und Bürger dar. Vermieter und Eigentümergemeinschaften können gegen die sinnvolle und gebotene Installation von Balkon PV Anlagen ein Veto einlegen. Das ist kein zeitgemäßer Umgang mit dem Thema Amtsgericht Stuttgart am 30.03.2021 (Aktenzeichen 37 C 2283/20 erlaubt Installation ohne Zustimmung)). Wir müssen die Aufgaben erfüllen und dürfen uns dabei nicht selbst behindern.

#### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

---

### **Ä56 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag**

#### **Änderung auf Seite 20 in Zeile 5**

Dazu wollen wir bis 2025 35% der Flächen, bis 2030 65% und bis 2038 alle Landesgebäude und Gebäude in kommunalem Besitz mit Photovoltaikanlagen ausstatten.

1 **Begründung**

2 Den Landesgebäuden und kommunalen Gebäuden kommt nicht nur eine Vorbildrolle zu, sondern  
3 sind ein wichtiges Mittel, um einen planbaren Aufbau und damit Absicherung der Energieversor-  
4 gung vorzunehmen. Alle anderen Sektoren basieren auf Freiwilligkeit der privaten Wirtschaft.

5 Durch das Einschließen der kommunalen Gebäude erhält der Ausbau der Photovoltaik einen zu-  
6 sätzlichen wichtigen Schwung und tritt ins Bewusstsein der lokalen politischen Akteure. Uns muss  
7 bewusst sein, dass sich die Umsetzung der Energiewende auf lokalpolitischer Ebene vollzieht.

8 Alleine in Hannover haben wir enormes Potenzial auf unseren Schulgebäuden. Dadurch kommen  
9 wir dem Ziel näher Überschüsse zu produzieren die nicht mehr primär zur Stromversorgung benö-  
10 tigt werden, sondern den wachsenden Strombedarf in der Mobilität und zur Erzeugung von Wasser-  
11 stoff dienen kann. Alleine die Zementwerke in Misburg und Höver benötigen zur Herstellung ihres  
12 Wasserstoffs so viel Strom wie ganz Hannover insgesamt.

13

14 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

15 **Antragstext neu:** Änderung auf Seite 20 in Zeile 5

16 Dazu wollen wir bis 2025 35% der Flächen, bis 2030 65% und bis 2038 alle Landesgebäude und Ge-  
17 bäude in kommunalem Besitz mit Photovoltaikanlagen ausstatten.

18

19

20

---

21 **Ä57 OV Linden-Limmer – Änderungsantrag zum Leitantrag**

22

23 **Änderung**

24 Kapitel 3.5, Seite 20, Zeile 15f..

25 Aus:

26 „Wir werden daher auf eine möglichst ausgewogene, sozialverträgliche und partizipative Umset-  
27 zung der Klimaschutzmaßnahmen achten.“

28 Zu:

29 „Wir werden daher auf eine möglichst ausgewogene, sozialverträgliche und partizipative Umset-  
30 zung der Klimaschutzmaßnahmen achten. Die Einspeisevergütung für erneuerbaren Strom beträgt  
31 2022 mit  $\approx 7$  ¢ einen Bruchteil des Marktpreises (2021  $\approx 32$  ¢/kWh). Diese Lücke ist zu schließen.  
32 Zusammen mit der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur ist die Netzwerkdurchleitungsge-  
33 bühr zu senken und für Nachbarschaftsstrom abzuschaffen.“

34 **Begründung:**

35 Die zu geringe Einspeisevergütung für erneuerbaren Strom stellt ein gravierendes Hemmnis für den  
36 schnellen Ausbau erneuerbarer Energien und zum Erreichen der staatlichen Klimaschutzziele dar.  
37 Die Einspeisegebühr im EEG ist somit mehr ein Verhinderungsinstrument als ein Förderinstru-  
38 ment. Es ist paradox und niemandem ist zu erklären, warum erneuerbarer Strom von Energieunter-  
39 nehmen an Bürger und Bürgerinnen teuer verkauft wird während erstere ihn möglicherweis e selbst  
40 zu geringsten Kosten in die Netze einspeisen müssen. Bürger und Bürgerinnen haben also tatsäch-  
41 lich die Möglichkeit ihren Strom billig in die Netze einzuspeisen um ihren selbsterzeugten dann bei  
42 Bedarf teuer zurückkaufen Das ist ein Narrenstück! Partizipative Beteiligung bedeutet auch, dass  
43 mehr Bürger und Bürgerinnen von der Energiewende finanziell profitieren können sollen. Je früher



1 der Return on Investment (ROI) erreicht wird, desto größer ist der Anreiz in erneuerbare Energien zu  
2 investieren. Dies ist wünschenswert und notwendig.

3

#### 4 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderte Fassung**

##### 5 **Antragstext neu: Änderung**

6 Kapitel 3.5, Seite 20, Zeile 15f..

7 Die Einspeisevergütung für erneuerbaren Strom beträgt ein Bruchteil des Marktpreises. Diese Lücke  
8 ist zu schließen. Zusammen mit der Bundesregierung und der Bundesnetzagentur ist die Netz-  
9 werkdurchleitungsgebühr zu senken und für Nachbarschaftsstrom abzuschaffen.

10

11

12

## 13 **Ä58 KV Friesland – Änderungsantrag zum Leitantrag**

14

### 15 **Änderungen:**

16 S.11, Zeile 21ff (Kursiv und Fett neuer Satz)

17 Die Verkehrsbelastung in städtischen Zentren werden wir insgesamt verringern. Wir unterstützen  
18 deshalb nachhaltige urbane Mobilität in allen mittleren und großen Städten in Niedersachsen. Hier  
19 gilt es einen Fokus auf die weitere Steigerung der Attraktivität des ÖPNV sowie den Ausbau und die  
20 Sanierung von Radwegen zu legen. Zugleich benötigen wir bessere Konzepte, um den zunehmen-  
21 den Lieferverkehr effizienter zu gestalten. **Wir müssen dabei sicherstellen, dass das Handwerk mit sei-**  
22 **nen unterschiedlichen Branchen und den damit verbundenen unterschiedlichen Anforderungen auch zu-**  
23 **künftig Zugang zu innerstädtischen Lagen behält.** Bei Städtebauförderung, Stadt- und Verkehrspla-  
24 nung soll es eine neue Flächengerechtigkeit (...)

25 S.20, Zeile 10 (Teil streichen)

26 Bei öffentlichen Beschaffungen ~~und Investitionen~~ führen wir einen CO2-Schattenpreis ein.

27 S.30, Zeile 8ff (Satz neu, streichen und hinzufügen)

28 Fast jedes vierte Arbeitsverhältnis liegt mittlerweile im Niedriglohnssektor. Prekäre Arbeit ~~in Form~~  
29 ~~von Leiharbeit und Werkverträgen~~ hat sich weit verbreitet. **Wir setzen uns für eine stärkere Regulation**  
30 **von Leiharbeit sowie die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen ein.**

31 S. 50, Zeile 14 - 16 (Kursiv und Fett neuer Satz)

32 (...) denen ihre soziale Verantwortung wichtiger ist als der größtmögliche Profit, ihre Vorhaben um-  
33 setzen können. **Wir unterstützen die Sanierung im Bestand und schaffen hierfür faire Förderbedingun-**  
34 **gen.**

35

#### 36 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

37

38

39

## 1 **Ä59 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag**

2  
3 Im Abschnitt „3.4 Niedersachsen als Vorreiter für grünen Wasserstoff“ ist auf S. 19 nach Z. 5 einzu-  
4 fügen:

5 „Eine „Cracking“-Anlage zur Gewinnung von grünem Wasserstoff und Sauerstoff per Elektrolyse soll  
6 aus Gründen der Effizienz vor Ort an der Nordsee errichtet werden. Dort soll auch, damit verschie-  
7 dene Sektoren der Wasserstoffnutzung gebündelt werden, eine Anlage für das „Cracking“ von CO<sub>2</sub>  
8 gebaut werden, um die Freisetzung von CO<sub>2</sub> zu minimieren und den gewonnenen Kohlenstoff mit  
9 Wasserstoff zu Butan oder Propan zu binden und in den Energiekreislauf zurück zu speisen. In den  
10 genannten Bereichen sind auch aktiv Kooperationen mit anderen Ländern, speziell im Rahmen der  
11 Europäischen Union, zu suchen.“

### 12 **Begründung:**

13 Eine Konkretisierung der Vorhaben in Abschnitt 3.4 zu grünem Wasserstoff ist unbedingt erforder-  
14 lich, um anschaulich und glaubwürdig zu sein und von eher allgemeinen Aussagen wegzukommen.  
15 Die Bündelung von Wasserstoffgewinnung und CO<sub>2</sub>-Verminderung an einem Standort an der Nord-  
16 see entspricht einer solchen Präzisierung.

### 18 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

19 **Antragstext neu:** Im Abschnitt „3.4 Niedersachsen als Vorreiter für grünen Wasserstoff“ ist auf S. 19  
20 nach Z. 5 einzufügen:

21 Anlagen zur Gewinnung von grünem Wasserstoff und Sauerstoff per Elektrolyse sollen aus Gründen  
22 der Effizienz an den Einspeisepunkten Offshore vorwiegend an der Küste errichtet werden. Es sind  
23 auch aktiv Kooperationen mit anderen Ländern, speziell im Rahmen der Europäischen Union, zu su-  
24 chen.

---

## 28 **Ä60 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag**

29  
30 Im Abschnitt „5.1 Chancengleichheit in der Bildung“ ist auf S. 67 nach Z. 19 einzufügen:

31 „In jedem Schulzimmer ist eine Internetverbindung mit ausreichender Bandbreite vorzuhalten. Für  
32 jede Schule soll ein Informatikexperte eingestellt werden, um die Verfügbarkeit des Netzes und die  
33 Benutzbarkeit der vorhandenen Computer sicher zu stellen. Alternativ ist es vorstellbar, dass in die-  
34 sem Sinne mobile Teams für mehrere Schulen arbeiten. Für dies und eine ausreichende Internetan-  
35 bindung soll als Voraussetzung dafür gesorgt werden, dass für die jeweilige Schule Endgeräte be-  
36 schafft werden.“

### 37 **Begründung:**

38 Die Problematik mit mangelnder Internetverfügbarkeit an den Schulen ist gegenwärtig leider recht  
39 erschöpfend. Es ist eine eklatante Fehlplanung, wenn Schulen, wie bereits geschehen, mit Endgerä-  
40 ten ausgestattet werden, ohne dass ein hinreichender Internetanschluss besteht und ohne dass  
41 die Endgeräte professionell gewartet werden.

### 43 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

1 **Antragstext neu:** Im Abschnitt „5.1 Chancengleichheit in der Bildung“ ist auf S. 67 nach Z. 19 einzu-  
2 fügen:

3 „...sowie den Breitbandausbau an den niedersächsischen Schulen als Voraussetzung weiter zu för-  
4 dern.“

5

6

7

## 8 **Ä61 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag**

9

10 Im Abschnitt „6.5 Verlässliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen“ ist auf S. 106 nach  
11 Z. 4 einzufügen:

12 „Zu einer verlässlichen medizinischen Versorgung vor Ort gehört es in Zeiten der Corona-Pandemie  
13 auch, dass in diesem Zusammenhang nicht nur Impf-, sondern auch Testmöglichkeiten dezentral  
14 zur Verfügung stehen.“

### 15 **Begründung:**

16 Das wahre Bild der Corona-Pandemie und entsprechende angemessene Handlungsmöglichkeiten  
17 des Landes Niedersachsen ergeben sich nur aus flächendeckenden Testungen. Diese werden ver-  
18 hindert bzw. zumindest eingeschränkt, wenn die Wege zu Teststationen für Bürgerinnen und Bür-  
19 ger weit sind.

20

### 21 **Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

22

23

24

## 25 **Ä62 OV Misburg-Anderten – Änderungsantrag zum Leitantrag**

26

27 Im Abschnitt „3.7 Gute Arbeit für alle schaffen und Fachkräfte sichern“ ist auf S. 31 nach Z. 17 einzu-  
28 fügen:

29 „Dabei kann es nur das Ziel sein, anstelle befristeter Arbeitsplätze unbefristete zu schaffen.“

### 30 **Begründung:**

31 Es ergibt keinen Sinn, Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, allein um befristete Arbeits-  
32 verhältnisse abzuschaffen. Hierbei hat sich leider bereits die rot-grüne Bundesregierung vor 20  
33 Jahren mit einer eklatanten Fehleinschätzung speziell im Hochschulbereich hervorgetan.

34

### 35 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Annahme Ä10**

36

37

38

## 1 **Ä63 OV Kirchlinteln – Änderungsantrag zum Leitantrag**

2  
3 Im Sinne der Verwirklichung des ÖPNV für alle möge der LPT folgende Änderungen Regierungspro-  
4 gramm beschließen:

5 Auf Seite 11 Z. 10: Das Wort „umfassend“ vor barrierefrei einzufügen.

6 Ebd. Z. 11: Nach „Alle Menschen – unabhängig vom Wohnort“ noch „oder körperlichen Beeinträchti-  
7 gungen“ zu ergänzen.

8 Ebd. Z. 14. Nach „erschließen.“ einzufügen: Wir werden uns dafür einsetzen, die Bahninfrastruktur  
9 so zu gestalten, das bauliche Barrieren, wie „Inselbahnhöfe“ etc. überwunden werden können und  
10 so einen weiteren Baustein für die Mobilität für alle setzen.

11 Ebd. Z. 16: Nach unterstützen „und so unter anderem zur umfassenden Anwendung des 2 Sinne  
12 Systems in der Fahrgastkommunikation beitragen.“ zu ergänzen.

13 Ebd. Z. 20: „Auch bei externalisierten Angeboten dieser Art ist der Gedanke der Barrierefreiheit zu  
14 achten“ anzufügen.

### 15 16 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

17 **Antragstext neu:** Auf Seite 11 Z. 10: Das Wort „umfassend“ vor barrierefrei einzufügen.

18 Ebd. Z. 11: Nach „Alle Menschen – unabhängig vom Wohnort“ noch „oder körperlichen Beeinträchti-  
19 gungen“ zu ergänzen.

20 Ebd. Z. 14. Nach „erschließen.“ einzufügen: Wir werden uns dafür einsetzen, die Bahninfrastruktur  
21 so zu gestalten, das bauliche Barrieren **für Reisende** überwunden werden können und so einen wei-  
22 teren Baustein für die Mobilität für alle **zu** setzen.

23 Ebd. Z. 16: Nach unterstützen „und **dabei** unter anderem zur umfassenden Anwendung des 2 Sinne  
24 Systems in der Fahrgastkommunikation beitragen.“ zu ergänzen.

25 Ebd. Z. 20: „Und auch hier dafür Sorge zu tragen, den Gedanken der Barrierefreiheit zu beachten.“  
26

---

## 27 28 29 **Ä64 OV Kirchlinteln – Änderungsantrag zum Leitantrag**

30  
31 S.66, Zeile 16 f ergänzen:

32 „Gleichzeitig fördern wir die stärkere Einbeziehung von lokalen Akteuren, Jugendverbänden **und**  
33 **Anbietern von Programmen rund um die MINT-Fächer** etc. in das schulische Ganztagsangebot.“

### 34 35 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung**

36 **Antragstext neu:** S.66, Zeile 16 f ergänzen:

37 „Gleichzeitig fördern wir die stärkere Einbeziehung von lokalen Akteuren (z.B. Jugendverbände, An-  
38 bieter von Programmen rund um die MINT-Fächer etc.) in das schulische Ganztagsangebot.“  
39

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

---

## Ä65 Jusos Niedersachsen – Änderungsantrag zum Leitantrag

Seite/Zeile 94/24-95/2

Ersetzen durch:

Wir wollen für ein Bundesland der Vielfalt stehen und eine soziale Migrationspolitik gestalten. Aus diesem Grund setzen wir uns gegen die Abschiebung von Menschen in Krisengebiete ein. Für Einzelfälle, bei denen keine Aussicht auf Asyl besteht, unterstützen wir die freiwillige Ausreise. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik, in welcher der Praxis von Sammelabschiebungen entgegen gewirkt wird. Wir werden die Beratungsangebote für Migrant\*innen ausbauen und damit eine Unterstützung in Bezug auf ein sicheres Aufenthaltsrecht etablieren. Wir setzen uns für den Schutz von Kindern im Kontext von Abschiebung ein, um der Kindeswohlgefährdung entgegenzusteuern. Wir setzen uns gemeinsam mit der SPD geführten Bundesregierung für die Umsetzung im Ampelkoalitionsvertrag vereinbarte migrationspolitische Reform sowie für eine vielfältige Gesellschaft ein. Die SPD hat gezeigt, dass progressive und fortschrittliche Politik für die Menschen in Niedersachsen nur mit uns Sozialdemokrat\*innen umgesetzt werden kann.

### **Empfehlung der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung:**

Seite/Zeile 94/24-95/2

Ersetzen durch:

Niedersachsen ist ein Bundesland der Vielfalt. Deshalb gestalten wir eine soziale Migrationspolitik. Menschen, die keine Aussicht auf Asyl haben, unterstützen wir bei der freiwilligen Ausreise. Wenn Abschiebungen auf Grund der Gesetzeslage notwendig werden, gestalten wir diese so human wie möglich. Dazu gehört auch, dass wir das Kindeswohl besonders berücksichtigen. Die Abschiebungen schwerkrimineller und von Gefährder\*innen werden unter der Berücksichtigung internationalen Rechts priorisiert.

Wir werden die Beratungsangebote für Migrant\*innen ausbauen und damit eine Unterstützung in Bezug auf ein sicheres Aufenthaltsrecht etablieren.

Wir setzen uns gemeinsam mit der SPD geführten Bundesregierung für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten migrationspolitischen Reform ein.

---

## Ä66 OV Garbsen – Änderungsantrag zum Leitantrag

Änderung der Passage auf S. 93, Zeile 20 – 22:

Auch die hauptamtliche Feuerwehr werden wir attraktiver machen. Hierzu wollen wir die Besoldung verbessern, die Feuerwehrzulage anheben, **sie wieder ruhegehaltstfähig machen und** den Anwärtersonderzuschlag dauerhaft erhöhen.

1 **Begründung:**

2 Zur Attraktivitätssteigerung der hauptamtlichen Feuerwehren wollen wir neben der Anhebung der  
3 Feuerwehrzulage, analog zur Forderung im Bereich der Polizei, die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage  
4 wieder einführen.

5

6 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

7

8

9

10 **Ä67 OV Hannover-Nordstadt – Änderungsantrag zum Leitantrag**

11

12 Ergänze auf Seite 122, nach Zeile 2:

13 **Queeres Leben und Kultur in Niedersachsen fördern**

14 Wir wollen einen Fördergeldtopf einrichten, um die Gründung, das Betreiben und die Sanierung von  
15 Orten queeren Lebens (queere Zentren, Bildungs- und Kultureinrichtungen) in Niedersachsen zu  
16 unterstützen.

17 **Begründung:**

18 Orte queeren Lebens sind für die Community wichtige sichere Räume, in denen sie sich ungestört  
19 und ohne Angst entfalten und vernetzen können. Ihr Erhalt und Förderung sind daher von immen-  
20 ser Wichtigkeit. Nicht zuletzt durch die Folgen der Pandemie sind viele von ihnen in ihrer Existenz  
21 bedroht. Bisher stellt das Land Niedersachsen keine Fördergelder bereit, die der Wichtigkeit dieser  
22 Orte gerecht werden. Das wollen wir ändern.

23 Auch Neugründungen solcher Orte wollen wir so erleichtern. Denn sie ermöglichen es allen Men-  
24 schen, an Kultur und Austausch teilzunehmen und lassen die Diversität unserer Gesellschaft erleb-  
25 bar werden. Wenn Niedersachsen seine Vielfalt leben will, müssen bedrohte Einrichtungen gerettet,  
26 bestehende Einrichtungen gestärkt und neue Einrichtungen entstehen.

27

28 **Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Annahme Ä2**

29

30

31

32 **Ä68 OV Hannover Südstadt-Bult – Änderungsantrag zum Leitantrag**

33

34 Ergänze auf Seite 122, Zeile 2:

35 „Eine von der SPD geführte Landesregierung wird daher einen Landesaktionsplan gegen Homo-,  
36 Trans- und Queerfeindlichkeit initiieren und diesen konsequent umsetzen.“

37 **Begründung:**

38 Niedersachsen ist ein Flächenland, in dem viele queere Menschen leben. Jedoch ist ein Outing auch  
39 im Jahr 2022 noch keine Selbstverständlichkeit. Während in großen Städten wie Hannover, Braun-  
40 schweig, Oldenburg und Osnabrück eine queere Sichtbarkeit in den letzten Jahren zugenommen

1 und die Akzeptanz queerer Lebensweisen auch erhöht wurde, muss auch festgestellt werden, dass  
2 queerfeindliche Übergriffe (verbal und körperlich) gleichwohl vielerorts an der Tagesordnung sind.  
3 Dies führt heute immer noch dazu, dass Menschen aus der queeren Community häufiger anfällig  
4 für Depressionen, psychische Langzeitfolgen und Suizid sind.

5 Eine aktive Aufklärungsarbeit durch die Landesregierung unter Einbindung staatlicher Einrichtun-  
6 gen und der queeren Community kann hier Abhilfe schaffen. Niedersachsen ist neben Bayern das  
7 einzige Bundesland, das bisher keinen Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Queerfeind-  
8 lichkeit hat. Es ist daher an der Zeit, in einer progressiven Regierung einen solchen Aktionsplan mit  
9 konkreten Maßnahmen gegen die Diskriminierung queerer Menschen und gegen Gewalt an ihnen  
10 ins Leben zu rufen. Bei der Erarbeitung des Aktionsplans sollen auch Vertreter\*innen der queeren  
11 Community und die LSBTIQ\*-Ansprechpartner\*innen der niedersächsischen Polizei intensiv mit  
12 eingebunden werden.

13 Die SPD Niedersachsen bekennt sich damit eindeutig und uneingeschränkt für ein selbstbestimm-  
14 tes, diskriminierungsfreies und chancengleiches Leben von Menschen aus der queeren Community  
15 und wird jeden Versuch dieser Community die Rechte abzusprechen, entschieden politisch be-  
16 kämpfen.

17

18 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

19

20

21

## 22 **Ä69 OV Oldenburg-Eversten – Änderungsantrag zum Leitantrag**

23

24 Absatz einfügen S. 112 nach Zeile 14

### 25 **Öffnung der GKV für Beamte**

26 In Niedersachsen werden wir perspektivisch die GKV für Beamtinnen und Beamte öffnen. Wir wer-  
27 den dazu die Umsetzung des sog. „Hamburger Modells“ einer pauschalierten Beihilfe prüfen, das  
28 bereits in anderen Bundesländern durchgeführt wird.

29

30 **Empfehlung der Antragskommission: Annahme**

31

32

33

